



Niederschrift
über die
38. Sitzung des Kreistages
des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Montag, den 09.02.2026
Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsende: 12:02 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Landratsamtes,
im Erdgeschoss, Raum-Nr. 029,
Nägelsbachstr. 1, 91052 Erlangen

Anwesend sind:

Landrat

Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion

Kreisrätin Dr. Anika Davidson

Kreisrätin Regina Enz

Kreisrat Klaus Faatz

Kreisrat Thomas Fischer

Kreisrat Karl-Heinz Hertlein

Kreisrätin Gabriele Klaußner

Kreisrat Jan König

Kreisrat Helmut Lottes

Kreisrätin Andrea Louzil

Kreisrat Ludwig Nagel

Kreisrat Walter Nussel

Kreisrat Franz Rabl

Kreisrätin Dr. med. Ute Salzner

Kreisrätin Ruthild Schrepfer

Kreisrat Alexander Schulz

Kreisrat Bernhard Schwab

Kreisrat Norbert Stumpf

bis 11:49 Uhr, während TOP I/4

bis 11:41 Uhr, während TOP I/4

bis 10:55 Uhr, während TOP I/4

bis 12:01 Uhr, während TOP II/3

ab 9:04 Uhr, während TOP I/2;

bis 11:14 Uhr, während TOP I/4

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrätin Dr. Darina Bachmayer

Kreisrat Manfred Bachmayer

Kreisrat Dr. Lutz Bräutigam

Kreisrätin Lydia Göbel

Kreisrat Wolfgang Hirschmann

Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet

Kreisrätin Dr. Silke Kreitz

Kreisrätin Astrid Marschall

Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

Kreisrätin Ursula Schmidt

ab 9:03 Uhr, während TOP I/2

Freie Wähler-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm

Kreisrat Matthias DÜthorn

Kreisrat Karsten Fischkal

Kreisrätin Irene Häusler

Kreisrat Dr. Martin Oberle

Kreisrat Axel Rogner

Kreisrat Michael Schölkopf

Kreisrat Günter Schulz

Kreisrat Bernhard Seeberger

Kreisrat Ludwig Wahl

Kreisrat Dr. Manfred Welker

Kreisrat Manfred Wiehgärtner

bis 11:31 Uhr, während TOP I/4

SPD-Fraktion

Kreisrat Konrad Gubo

Kreisrat Dr. German Hacker

Kreisrat Andreas Hänjes

Kreisrat Christian Pech

Kreisrätin Renate Schroff

bis 11:56 Uhr, während TOP I/6

bis 11:56 Uhr, während TOP I/6

AfD-Fraktion

Kreisrat Christian Beßler

Kreisrätin Beatrice Bieger

Kreisrat Roland Adam Reichelsdorfer

JU-Fraktion

Kreisrat Nico Engelhardt
Kreisrat Nico Kauper

FDP-Fraktion

Kreisrätin Britta Katharina Dassler
Kreisrat Michael Dassler

LÖP

Kreisrat Manfred Reinhart

bis 11:35 Uhr, während TOP I/4

Gäste/Sachverständige

Steffen Griep
Andra Ortmann
Tobias Weiß

Deutsche Bahn AG; bis 10:02 Uhr, nach TOP I/2
Deutsche Bahn AG; bis 10:02 Uhr, nach TOP I/2
Deutsche Bahn AG; bis 10:02 Uhr, nach TOP I/2

Verwaltung

Verwaltungsdirektor Marcus Schlemmer
Verwaltungsrat Markus Vogel
Regierungsdirektor Manuel Hartel
Regierungsdirektor Andreas Christgau
Regierungsdirektorin Anne-Marie Müller
Kreisbaumeister Thomas Lux
Kaufmännischer Leiter Thomas Menter
Verwaltungsrat Dietmar Pimpl
Beschäftigter Friedrich Schlegel
Beschäftigte Andrea Schertel
Regierungsamtsrat Norbert Heinrich
Regierungsamtmann Thomas Wächtler
Beschäftigte Heike Kraher
Verwaltungsrätin Sigrid Kaiser
Verwaltungsrätin Claudia Jarosch
Beschäftigter Erkin Kantar
Baurat Dieter Mußack
Verwaltungsrat Norbert Walter
Beschäftigter Johannes Hölzel
Beschäftigter Oliver Jäger
Beschäftigte Luisa Pscherer

Beschäftigte Ulrike Saul
Verwaltungsamtfrau Julia Schröder

bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 12:00 Uhr, nach TOP II/1
bis 12:00 Uhr, nach TOP II/1

bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:10 Uhr, während TOP I/4
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
ab 11:28 Uhr, während TOP I/4;
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
bis 11:10 Uhr, während TOP I/4
bis 11:57 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführer/in

Regierungsrätin Birgit Stolla

Nicht anwesend sind:

CSU-Fraktion

Kreisrat Stefan Müller
Kreisrat Uwe Pöschl
Kreisrat Michael Schwägerl

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Georgios Halkiás
Kreisrat Karlheinz Roll

SPD-Fraktion

Kreisrätin Annika Mück
Kreisrätin Martina Stamm-Fibich

JU-Fraktion

Kreisrat Dr. Konrad Körner

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der 37. Sitzung des Kreistages am 12.12.2025
2. Sachstandsbericht zur aktuellen Situation auf der Gräfenbergbahn durch die DB AG
3. Abwicklung des Haushaltsjahres 2025
4. Landkreishaushalt 2026
5. Neubau des Emil-von-Behring-Gymnasiums in Spardorf; Auftragserweiterung für erweiterte Rohbauarbeiten
6. Erweiterung des Gymnasiums Höchstadt a. d. Aisch; Auftragserweiterung der Außenanlagen

II. Nichtöffentliche Sitzung

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 28.01.2026; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der 37. Sitzung des Kreistages am 12.12.2025**

Die Niederschrift der 37. Sitzung des Kreistages vom 12.12.2025 wird genehmigt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 51 nein: 0 Anwesend: 51

2. **Sachstandsbericht zur aktuellen Situation auf der Gräfenbergbahn durch die DB AG**

Landrat Tritthart teilt mit, dass er die Vertreter der Deutschen Bahn AG zur Sitzung eingeladen und um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Gräfenbergbahn gebeten hat.

Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Qualitätsbeauftragte für die Region Süd der Deutschen Bahn AG, Frau Andra Ortmann, sowie Herrn Steffen Griep, DB InfraGO, Leiter Betrieb Netz Nürnberg und Herrn Tobias Weiß, DB InfraGO, Leiter Anlagen- und Instandhaltungsmanagement Netz Nürnberg und bedankt sich für die Bereitschaft über die aktuelle Situation der Gräfenbergbahn zu berichten, wie bereits im Jahr 2018 und zuletzt 2024.

Im Rahmen einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, berichtet zunächst Frau Ortmann über die aktuelle betriebliche Situation und das Sanierungskonzept mit den kurzfristig, mittelfristig und langfristig vorgesehenen Maßnahmen. Aktuell werden voraussichtlich bis März 2026 die Langsamfahrstellen bei Heroldsberg und kurz vor Eschenau mit einer hierfür speziell benötigten und nur begrenzt verfügbaren Stopfmaschine beseitigt. Weiterhin werden mögliche Varianten für den Stellwerksneubau mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen vorgestellt. Das Stellwerk ist technisch veraltet, so dass Ersatzteile nicht mehr verfügbar sind. In Deutschland gibt es nur noch vier solcher Stellwerke. Entscheidend für die Realisierung ist die Klärung der Finanzierung nach Abschluss der Genehmigungsplanung.

Im Rahmen der anschließenden Beratung wird in mehreren Wortmeldungen die Bedeutung der Gräfenbergbahn für die Region hervorgehoben. Diese stelle eine wichtige Lebensader für die Region dar, deren Zuverlässigkeit unerlässlich sei. Auf Nachfrage erläutert Frau Ortmann, wegen der noch fehlenden Finanzierungszusage könne noch kein fester Zeitplan für die Realisierung des Stellwerks gegeben werden. Es werden jedoch beide skizzierten Varianten weiterverfolgt. Kreisrätin Marschall fordert deutlich mehr Druck, das Hin- und Her zwischen Politik und Planung sei nicht nachvollziehbar. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, Kreisrat Nussel, erklärt, der Freistaat Bayern habe kaum Einfluss auf diese Thematik. Er habe einen 1/4jährlichen Bericht angefordert. Es müsse schnellstens entschieden werden welche der in der Präsentation vorgestellten Stellwerksvarianten gebaut werde und wie dies finanziert werde. Er berichtet von einem Besuch vor Ort und der völlig unzeitgemäßen Technik, die dort noch vorzufinden ist. Im weiteren Verlauf verweist Kreisrat Bachmayer auf das seit Jahrzehnten im Kreistag diskutierte Thema Gräfenbergbahn. Viele Bauwerke seien betroffen und er fragt nach dem Sachstand zum zweiten Widerlager in Forth und verweist auf den schlechten Zustand der Brücke in Eschenau. Der Freistaat Bayern hätte seiner Ansicht nach Möglichkeiten hier Einfluss zu nehmen und mehr Druck aufzubauen. Die aktuelle laufende Petition hätten bereits 2000 Menschen unterzeichnet. Wenn konkret der Wille zur Sanierung vorhanden sei, müsse diese schneller gehen.

Landrat Tritthart macht deutlich, weder der Landrat noch die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden im Landkreis Erlangen-Höchststadt haben die Petition unterzeichnet. Die darin enthaltene Forderung die Gräfenbergbahn zu modernisieren und zu elektrifizieren und aus dem DB-Konzern herauszulösen, um diese über die VAG bzw. eine Transfergesellschaft zu betreiben, sei für die Kommunen unbezahlbar.

Kreisrat Nussel stellt anschließend nochmals klar, die Deutsche Bahn sei selbst Genehmigungsbehörde und allein für das Stellwerk zuständig. Dies habe mit der Aufsichtspflicht des Freistaates Bayern nichts zu tun. Kreisrat und Bürgermeister des Marktes Heroldsberg, Jan König, äußert die Ansicht, die Petition werde wohl auch unterzeichnet, ohne dass genau auf alle Einzelheiten des Textes geachtet werde. Er fragt nach einem klaren Bekenntnis der Deutschen Bahn zur Gräfenbergbahn und was bei einem technischen Defekt des Stellwerkes passieren würde. Dieses sei ein Exponat für das Verkehrsmuseum. Weiterhin stehe die Überlegung im Raum, wie parteiübergreifend von unterster Ebene die Frage der Finanzierung der weiteren Planungsphasen unterstützt werden könne. Der Leiter Betrieb Netz, Herr Griep, erläutert dazu, dass bei einem Defekt im Stellwerk der Schienenverkehr eingestellt werden müsse. Mittelfristig könne der Zugleitbetrieb wieder aufgenommen werden, aber dann bei Weitem nicht im üblichen Umfang wie aktuell, gegebenenfalls dann nur im Zweistundentakt. Je schneller die Finanzierungsfrage geklärt sei, desto schneller könne die Umsetzung des Neubaus erfolgen. Ersatzteile habe man noch vor Ort, es gebe ein eigenes Werk und auch von aufgegebenen anderen Stellwerken gebe es noch Ersatzteile. Die Finanzierung des Stellwerkneubaus sei nur mit zusätzlichem Geld möglich, dieses könnte möglicherweise über das Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden. Jede Unterstützung in finanzieller Hinsicht sei wichtig. Kreisrat Schölkopf erinnert daran, dass es die Informationen für ein erforderliches neues Stellwerk schon vor Jahren gegeben habe und fragt nach einem belastbaren Projektplan. Kreisrätin Klaußner fragt nach den geplanten Maßnahmen in diesem Jahr und welche Auswirkungen diese haben werden. Sie weist darauf hin, dass die Anzeigen und Informationen auch zu Verspätungen nicht realistisch sind. Herr Griep sichert zu, die Problematik hinsichtlich der Anzeigen nochmals zu überprüfen. Grundsätzlich seien technische Systeme für eine verlässliche Kommunikation geschaffen worden. Hinsichtlich der noch in diesem Jahr geplanten Sanierungsarbeiten wird auf die in der Präsentation dargestellten kurzfristigen Maßnahmen verwiesen. Vom Fraktionsvorsitzenden der AfD-Kreistagsfraktion, Kreisrat Beßler, wird nochmals darauf hingewiesen, dass seit 5 Jahren über das Sanierungskonzept berichtet wird. Für die Durchführung des Projektes brauche es einen konkreten Zeitplan und einen Verantwortlichen. Projektierung, mit Zielen, Meilensteine, Budgetierung und Risikoanalysen seien in der Projektverantwortung nichts Neues. Dieses vermisse er hier. Herr Griep macht nochmals deutlich, dass es darum gehe, welche Finanzierung für das Stellwerk zugesagt wird. Kreisrätin Marschall schlägt vor, diesbezüglich überparteilich zusammenzuarbeiten und ein Schreiben an den Bund zu verfassen, für den Stellwerkneubau die Finanzierung aus Mitteln des Sondervermögens zu sichern. Landrat Tritthart stimmt dem Vorschlag zu. Abschließend macht die Qualitätsbeauftragte der Deutschen Bahn AG, Frau Ortmann, nochmals deutlich und weist darauf hin, dass eine Sanierung ein kontinuierlicher Prozess sei und hinsichtlich des 5 Stufenplanes zwar schon viel passiert ist, aber nicht so viel wie erhofft. Es werde weiter Schritt für Schritt vorgegangen. Im Moment gebe es aber für einen Stellwerkneubau keine Finanzierungszusage. Auf Nachfrage von Kreisrat Brehm, um welche Höhe es sich bei dem erforderlichen Finanzierungsbetrag handelt, antwortet Frau Ortmann, um einen zweistelligen Millionenbetrag.

Abschließend dankt Landrat Tritthart der Vertreterin und den Vertretern der Deutschen Bahn AG für die Informationen und die Teilnahme an der Sitzung.

3. Abwicklung des Haushaltsjahres 2025

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor. Diese ist der Niederschrift nochmals als Anlage beigelegt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2025 werden Haushaltsreste entsprechend der beiliegenden Auflistung gebildet.

Im Haushaltsjahr 2025 entstehen bei verschiedenen Haushaltsstellen Mehrausgaben, die durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben gedeckt sind. Die Mehrausgaben und die entsprechende Deckung nach der beiliegenden Auflistung werden genehmigt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 53 Nein: 0 Anwesend: 53

4. Landkreishaushalt 2026

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt der Entwurf des Landkreishaushaltes 2026 sowie eine Sitzungsvorlage dazu vor. Die Sitzungsvorlage mit dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 sind der Niederschrift nochmals als Anlage beigelegt.

In seiner Rede zum Entwurf des Landkreishaushaltes 2026 geht Landrat Tritthart auf die schwierigen Rahmenbedingungen ein. Dem deutlichen Anstieg der Steuer- und Umlagekraft und den daraus resultierenden ansteigenden Einnahmen aus der Kreisumlage stehen erhebliche negative finanzielle Auswirkungen gegenüber, da sich die Ausgaben für die Bezirks- und Krankenhauserumlage entsprechend erhöhen und die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen deutlich zurückgehen. Weiterhin steigen die Ausgaben in einigen Bereichen des Landkreises, insbesondere im Bereich des Jugendamtes und für den ÖPNV, wie in allen bayerischen Landkreisen, stark an. Eine zusätzliche Belastung stellt die erneute Erhöhung des Hebesatzes für die Bezirksumlage dar. Auf dieser Grundlage wies der erste Haushaltsentwurf eine erhebliche Deckungslücke auf. Trotz umfangreicher Kürzungen und Einsparungen während des Aufstellungsverfahrens in Höhe von rund 3,5 Mio. € konnte diese nur teilweise geschlossen werden. Im Ergebnis war zu befürchten, dass eine Lücke in Höhe von rund 12,5 Mio. € verbleiben würde und damit eine Erhöhung der Kreisumlage um 3,60 Hebesatzpunkte erforderlich gemacht hätte. Schließlich führten jedoch die Ergebnisse der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich dazu, dass sich die Deckungslücke auf ca. 1,4 Mio. € spürbar reduzierte. Landrat Tritthart macht deutlich, dass dies zu einer sehr nennenswerten Entlastung auf kommunaler Ebene geführt hat. Dafür danke er ausdrücklich. Die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage um 0,40 Hebesatzpunkte auf 51,15 v.H. sei für die Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushaltes erforderlich und stelle aus Sicht des Landkreises einen ausgewogenen Kompromiss dar. Mit einem Gesamtbudget von 283,7 Mio. € leiste der Landkreis einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur weiteren Verbesserung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger: Ziel sei ein nachhaltiges, zukunftsorientiertes Handeln, um ein attraktives Lebensumfeld zu bieten und den örtlichen, regionalen und internationalen Betrieben eine hohe Standortqualität zu garantieren.

Der Entwurf des Landkreishaushaltes 2026 wurde in den zuständigen Fachausschüssen vorberaten und zuletzt mit einem einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses vom 30.01.2026 dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Landrat Tritthart erläutert im weiteren Verlauf seiner Rede die Schwerpunkte der Haushaltsansätze der einzelnen Fachbereiche

Öffentliche Verwaltung, Überörtlicher Brandschutz und Katastrophenschutz, Schulen, Soziales und Jugendhilfe, Kreiskrankenhaus St. Anna, Kreisstraßen, Geh- und Radwege und ÖPNV. Demnach begründet sich der zusätzliche Finanzbedarf insbesondere durch die teils erheblichen Ausgabensteigerungen im Jugendamt, für den ÖPNV und aus der Erhöhung des Hebesatzes der Bezirksumlage um 0,29 Hebesatzpunkte auf 26,21 v. H. Damit beläuft sich die an den Bezirk abzuführende Umlage auf insgesamt 90,9 Mio.€. Zur Deckung des Finanzbedarfs schlägt Landrat Tritthart im Weiteren vor, den Hebesatz der Kreisumlage um 0,40 Hebesatzpunkte auf 51,15 v.H. zu erhöhen. Nur so könne der Regierung von Mittelfranken ein genehmigungsfähiger Haushalt vorgelegt werden. Obwohl die vorgeschlagene Erhöhung deutlich geringer ausfällt, als ursprünglich befürchtet, stellt die weitere Erhöhung der Kreisumlage für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis eine weitere Belastung dar. Bezüglich des vom Landkreis selbst ausgelösten Finanzierungsbedarfs und der zulasten des Landkreises gehenden Einsparungs- und Kürzungsmaßnahmen liege nun mit dem Entwurf des Landkreishaushaltes 2026 ein hoffentlich ausgewogener Kompromiss vor, damit auch in schwierigen Zeiten die solide Finanzpolitik im Landkreis fortgesetzt werden könne. Zur Finanzierung der Investitionsausgaben wird eine Kreditaufnahme in Höhe von 10,5 Mio. € erforderlich werden, wovon 6,5 Mio. € von der Regierung von Mittelfranken zu genehmigen sind. Für die verbleibenden 4,0 Mio. € stehen noch nicht in Anspruch genommene Kreditgenehmigungen aus den Vorjahren zur Verfügung. Daneben können aus der Allgemeinen Rücklage Mittel zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 1,9 Mio. € entnommen werden. Mit dieser Entnahme wird jedoch der gesetzlich vorgeschriebene Sockelbetrag der sogenannten Mindestrücklage erreicht, so dass sowohl eine höhere Entnahme 2026 beziehungsweise weitere Rücklagenentnahmen in künftigen Jahren nicht mehr möglich sind. Dies führt dazu, dass sich aufgrund der hohen Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren auch die Verschuldung im Finanzplanungszeitraum und danach entsprechend erhöht. Zusammen mit der Entwicklung der Ausgaben in den Bereichen Jugendhilfe und ÖPNV kann auch eine weitere Erhöhung des Kreisumlagenhebesatzes in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen werden. Ebenso würde die weitere Erhöhung der Bezirksumlage entsprechend wirken. Landrat Tritthart weist abschließend auf den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses vom 30.01.2026 hin und teilt mit, dass sich seitdem keine weiteren Änderungen und Ergänzungen ergeben haben. Mit dem vorliegenden Landkreishaushalt könne der Landkreis ein bedeutendes Aufgaben- und Ausgabenprogramm aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der Beschlüsse der Kreisgremien erfüllen. Weiterhin könne mit den enthaltenen Haushaltsansätzen die Planung und Realisierung künftiger Projekte angegangen werden. Auch das Investitionsprogramm sei ein deutliches Zeichen an die Zukunft mit seiner im Finanzplanungszeitraum 2027 – 2029 beträchtlichen Summe von 76,4 Mio. €. Die laufenden und anstehenden großen Investitionsmaßnahmen erfordern auch in den nächsten Jahren große finanzielle Anstrengungen. Es müsse auch weiterhin darauf geachtet werden, die Belastung künftiger Generationen durch zu hohe Kreditaufnahmen zu begrenzen. Landrat Tritthart bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und hebt hervor, dass der Landkreis wie in den vergangenen Jahren auch, im Schulterschluss mit den Städten, Märkten und Gemeinden die anstehenden Herausforderungen bewältigen kann, ohne die Leistungsfähigkeit des Landkreises oder die der kreisangehörigen Kommunen zu gefährden. Er bittet darum, weiterhin konstruktiv bei der Gestaltung der Zukunft des Landkreises mitzuwirken. Die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit sei dafür eine wichtige Voraussetzung.

In der anschließenden Beratung meldet sich zuerst Bezirks- und Kreisrätin Dr. Ute Salzner und erläutert zur Thematik Erhöhung der Bezirksumlage die Ausgaben des Bezirks Mittelfranken, die den Menschen im Landkreis Erlangen-Höchstadt direkt über verschiedene Leistungen wieder zu Gute kommen. Die Zahlen, nur auf den

Landkreis Erlangen-Höchstadt bezogen, können aus der Sozialberichterstattung des Bezirks Mittelfranken entnommen werden. Der Bezirk Mittelfranken leiste beispielsweise Ausgaben für Besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Erlangen-Höchstadt in Höhe von rund 19,2 Mio. €, für ambulant betreutes Wohnen rund 3,1 Mio. €, Werkstätten rund 6,6 Mio. €, Förderstätten 2,8 Mio. €, Kindertagesstätten mit Integrationsplätzen rund 1 Mio. €, die Frühförderung 1,4 Mio. € und für die ambulante Pflege 0,5 Mio. €. Insgesamt summieren sich alle Ausgaben des Bezirks Mittelfranken für Menschen im Landkreis Erlangen-Höchstadt auf rund 45 Mio. €. Kreis- und Bezirksrätin Dr. Ute Salzner bietet an, in anderer Sitzung darüber nochmals zu berichten.

Anschließend dankt Kreisrätin Göbel für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen allen Abteilungen für die Einsparungen. Der Landkreis müsse sparen, gleichzeitig sei aber auch Mut gefordert, bewusst Schwerpunkte zu setzen. Menschen zu unterstützen, in der Pflege, in der Jugendhilfe, sei eine Notwendigkeit, denn sonst würden die Kosten nur in die Zukunft verschoben. Hier sei eine höhere Beteiligung von staatlicher Seite wünschenswert. Auch das Kreiskrankenhaus dürfe nicht allein betriebswirtschaftlich bewertet werden, sondern als notwendige Investition. Die Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik ist gut und auch der Pflegestützpunkt ist sehr wichtig. Auch die steigenden Kosten für den ÖPNV seien klimapolitisch und hinsichtlich der Teilhabe alternativlos. Die Verlässlichkeit im ländlichen Raum müsse gewährleistet sein. Die Entwicklung der Buslinien im östlichen Landkreis bestätigen die Entscheidung für die StUB. Auch die Verbindung Höchstadt a. d. Aisch – Forchheim sei wichtig für eine klimafreundliche Mobilität. Es brauche Mut zu solchen Investitionen, um auch künftig die Busverbindungen landkreisübergreifend weiter zu verbessern. Die neuen DFI-Anzeigen erhöhen die Attraktivität des ÖPNV und sind auch wichtig an anderen Umstiegshaltestellen wie z.B. in Zeckern, Adelsdorf und Heroldsberg. Auch der Radverkehr ist ein alltägliches Verkehrsmittel und somit muss auch das Radwegekonzept stetig ergänzt werden wie von ihr z.B. zwischen Stiebarlimbach und Zentbechhofen schon vorgeschlagen. Die Baumaßnahmen des Emil-von-Behring-Gymnasiums in Spardorf und der Dienststelle des Landratsamtes in Höchstadt a. d. Aisch werden ökologisch und nachhaltig umgesetzt, das fünfte Gymnasium wegen dringend erforderlicher Schulkapazitäten in Angriff genommen und auch das Brand- und Katastrophenschutzzentrum. Für eine klare Position zum Umwelt- und Klimaschutz sind weitere Investitionen erforderlich. Es wäre wünschenswert den Pakt für nachhaltige Beschaffung auf weitere Kommunen auszuweiten, mit der Zielrichtung „Fairer Landkreis“.

Abschließend macht Kreisrätin Göbel deutlich, dass es sich um einen sozial, ökologisch und zukunftsorientierten Entwurf des Landkreishaushaltes handelt. Sie dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Landrat Tritthart für seine souveräne und ruhige Sitzungsmoderation und für die Kommunikation auf Augenhöhe.

Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Kreisrat Fischkal, betont, der Haushalt sei das Herzstück in jeder Kommune. Trotz enorm anspruchsvoller Rahmenbedingungen müssen alle Fragen schnell beantwortet werden. Eine Erhöhung der Kreisumlage wie ursprünglich gedacht um 3,5 Hebesatzpunkte wäre für die kreisangehörigen Kommunen der Supergau gewesen, denn auch die Kommunen investieren viel. Sparen geht deshalb an die Substanz, dann gibt es keine Sanierung, Dämmung, Heizungstausch. Dies sind jedoch notwendige Investitionen, die sich langfristig auszahlen. Die nun vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes um 0,4 Prozentpunkte ist nur aufgrund einer konsequenten Sparstrategie möglich. Dafür danke er der Verwaltung besonders, wegen der doch angespannten Lage durch die erhöhte Bezirksumlage und den steigenden Finanzbedarf in der Jugendhilfe. Gewerbesteuerückgänge schränken den Handlungsspielraum der Kommunen ein. Am Ende habe der Freistaat Bayern geholfen und dies helfe wiederum, die Infrastruktur in den Kommunen weiter zu verbessern. Ziel müsse jedoch bleiben, die Kreisumlage wieder auf unter 50 Prozentpunkte zu senken. Die

Unternehmen seien das Rückgrat des Landkreises. Es sei richtig, antizyklisch zu investieren. Fraktionsvorsitzender Fischkal zählt nochmals einige Investitionen auf, die ein wichtiger Standortfaktor seien und zur Attraktivität des Landkreises beitragen. Dies alles kostet Geld und die Fraktion der Freien Wähler sei bereit diesen Weg mitzugehen. Lediglich die StUB bleibe ein großes Thema und werde kritisch gesehen. Er verweist auf den Bürgerentscheid und die aktuellen Diskussionen und schließt damit, dass der Haushaltsentwurf die richtigen Schwerpunkte setze und diesem zugestimmt werde.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Kreisrat Dr. Hacker, weist zunächst darauf hin, dass das Umlagesystem zu deutlichen Steuerverschiebungen führen kann und dabei die Städte und Landkreise nur verlieren. Er wünsche sich dazu einen Riegel von der Bundesregierung. Der Landkreis profitiere davon und viele Investitionen seien möglich. Die SPD-Kreistagsfraktion stimme dem Haushaltsentwurf zu, da dieser vieles enthält, was von der SPD beantragt und mitgetragen wird. Investitionen in die Schulen, den ÖPNV, den Radwege- und Straßenbau, den Brand- und Katastrophenschutz und die Stärkung des Zivilschutzes seien einige Punkte davon. Bei der Höhe der Kreisumlage sei nun jedoch das „Ende der Fahnenstange“ erreicht. Mehr können die kreisangehörigen Gemeinden nicht tragen, es müsse an die Standards sowohl beim Bezirk Mittelfranken als auch beim Landkreis herangegangen werden, z.B. durch Sparrunden, Senkung der Personalkosten durch Wieder-besetzungssperren und Einzelfallprüfungen, um einen sanften Personalabbau im Rahmen der natürlichen Fluktuation zu erreichen. Künftig solle auch regelmäßig eine Übersicht über die eingesparten Stellenanteile vorgelegt werden. Im Bereich des ÖPNV war bei der Ausschreibung der Linienbündel 2 und 6 bekannt, dass Mehrkosten entstehen werden. Eine Möglichkeit Standards abzusenken bestand beim Linienbündel 7 für die von Fachleuten nicht notwendig angesehene Direktverbindung zwischen Forchheim und Höchststadt a. d. Aisch. Die Ausschreibung einer Option wäre eine Chance gewesen, das Spardiktat ernst zu nehmen. Für das Linienbündel 8 macht er auf die hervorragende Leistung der Planer aufmerksam, die mit nur wenigen Eingriffen, ein tolles Ergebnis erzielt haben. Das Kreiskrankenhaus St. Anna profitiere von der Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik Erlangen und insgesamt von der guten geographischen Lage inmitten der umgebenden Krankenhauslandschaft. Es sei kein großes Krankenhaus und habe auch kein hohes Defizit.

Landrat Tritthart erwidert, ein Personalabbau sei aufgrund der Vielzahl neu zugewiesener Aufgaben und Anforderungen zu beurteilen. Er nennt beispielhaft den Zivilschutz. Immer neue Anforderungen und Aufgabenzuweisungen. Die Personalausgaben liegen in Relation zu den Einwohnerzahlen der Landkreise an zweitniedrigster Stelle in Mittelfranken.

Für die FDP-Kreistagsfraktion teilt Kreisrätin Dassler mit, dass dem Haushalt ebenfalls zustimmt wird. Dieser beinhalte sehr viele Themen und Maßnahmen, die von der FDP-Kreistagsfraktion mitgetragen werden: Beim Kreiskrankenhaus St. Anna, bei den Schulen. In der Jugendhilfe gebe es viele Pflichtaufgaben. Der ÖPNV sei richtig und wichtig, finanziell machbar und leistbar. Bei der guten und konstruktiven Zusammenarbeit stehe der Landkreis im Vordergrund. Die Firmen seien der Garant für die Erfolgskraft. Es gelte auch sinnvoll bei der Prüfung von Standards auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten.

Der Fraktionsvorsitzende der JU-Kreistagsfraktion, Kreisrat Kauper, dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den im Kreistag vertretenen Fraktionen. Der sechste Landkreishaushalt in dieser Wahlperiode mit einem Volumen von rund 283 Mio. € sei auch eine große to-do-Liste. Der Rückblick auf die zurückliegenden sechs Jahre der Wahlperiode machen deutlich, dass Verantwortung übernommen und kräftig in die Zukunft investiert wurde, dies auch im Krisenmodus der Pandemie. Bildung und ÖPNV stehen an erster Stelle. Man habe alle Schularten im Blick, auch mit den Realschulen werde man sich weiter beschäftigen. Dies wurde durch die sparsame Haushaltsführung der letzten Jahre möglich. Die Neuverschuldung liegt

unter dem Landesdurchschnitt und trage so zu einer generationengerechten Finanzpolitik bei. Mit der möglichen Gründung eines Technologietransferzentrums können neue Impulse für den Mittelstand gesetzt werden. Auch müsse weiterhin an einem attraktiven ÖPNV festgehalten werden und die Wiederaufnahme der alten Verbindung zwischen Höchststadt a. d. Aisch und Forchheim über Adelsdorf sei ein weiterer Fortschritt in die Zukunft. Die Zukunft werde herausfordernd, da auch die Kommunen Mehrbelastungen zu tragen haben. Es gehe deshalb darum gemeinschaftlich einen ausgewogenen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzen beizubehalten und Steuergelder sinnvoll einzusetzen, die Schulbauten fertigzustellen, die Neuverschuldung zu begrenzen und Impulse für die Wirtschaft zu setzen.

Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, Kreisrat Nussel, erläutert, unter dem Mantel der Grundversorgung der Bevölkerung müssen die Standards angepasst werden. Grundversorgung das heißt, Gesundheitsversorgung durch das Kreiskrankenhaus, aber auch Nahrung, Essen, Kräuter, Landwirtschaft, Karpfen, Teiche, Kleinklima. Auch die Sozialhilfe, der Pflegestützpunkt und die Jugendhilfe sind Teil der Grundversorgung. Zu klären ist, was ist Grundversorgung und wo können Standards reduziert werden. Nachgedacht werden muss über die Jugendhilfe-standards, die 15 Schulen und die Bildung sowie Standards bei Liegenschaften. Im ÖPNV ist auch ein Sitzplatz für jedes Kind nicht leistbar. Auch die Infrastruktur gelte es zu bedenken. Straßen, Brücken, Radwege, alles muss nach dem Bau auch unterhalten werden. Die Ausgleichszahlungen des Staates werde es nicht jedes Jahr in dieser Höhe geben. Deshalb sei es wichtig, die zur Grundversorgung nötigen Mittel aufzuwenden und wichtige Weichen für die Wirtschaft zu stellen.

Anschließend teilt Kreisrat Reinhard für die LÖP mit, der Haushaltsentwurf 2026 setze auch aus seiner Sicht gute Akzente und nenne die Schulen, Radwege und das Kreiskrankenhaus St. Anna. Er bedankt sich für die transparente Einbindung und Möglichkeit zur Mitgestaltung. Er ergänzt aufgrund des Konnexitätsprinzips müsse die Erstattungsquote höher sein. Wer bestellt müsse auch bezahlen. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen wurde auch hinsichtlich ökologischer Themen Gutes geleistet. Schritt für Schritt müssen jedoch weitere Liegenschaften energetisch saniert werden. Er sei ebenfalls wie ein weiterer Kreisrat gegen den Bau eines fünften Gymnasiums. Eine Entlastung könne mit dem Nahverkehr auch über die bestehenden Schulen in Forchheim erreicht werden. Er halte eine andere Schulform für wichtiger.

Landrat Tritthart entgegnet, ein fünftes Gymnasium sei eine riesige Chance, darüber entscheiden werde aber das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Für die AfD-Kreistagsfraktion, erklärt deren Fraktionsvorsitzender, Kreisrat Beßler, der letzte Haushalt der Wahlperiode liegt nun vor. Die AfD-Kreistagsfraktion habe kritisch aber verantwortungsvoll, auch in den zurückliegenden Jahren, die Haushalte mit beschlossen. Wichtig sei ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern und die zuverlässige Erfüllung von Pflichtaufgaben. Wenn von Bund oder Land Aufgaben übertragen werden, müssten diese auch von dort finanziert werden. Dies gelte insbesondere für die schnelle und zuverlässige Übernahme von Asylkosten. Man sehe angesichts der steigenden Umlagen den Sparwillen. Eine Fehlentwicklung gebe es im Einzelplan Soziale Sicherung. Die Kosten der Jugendhilfe haben sich verdoppelt. Aus Sicht der AfD-Kreistagsfraktion gebe es derzeit keine anerkannten Asylbewerber im Landkreis, davor nur eine oder zwei Personen. Es gebe daher keinen sachlichen Bedarf für die beantragten freiwilligen Zuschüsse in Höhe von 614.000 €. Der Kernzweck von Beratungsangeboten bestehe im Landkreis faktisch nicht mehr. Es gehe bei den beantragten Zuschüssen nicht mehr nur um Asylsondern um Allgemeine Sozialberatung. Diese Aufgabe gehe weit über des Asylbedarf hinaus und betreffe zunehmend ukrainische Flüchtlinge, deren Bedarf vom Bürgergeld abgedeckt werde. Die Finanzierung der Asyl- und Integrationsberatung liege über dem Bedarf und die Finanzierung passe nicht zur

Haushaltslage. Die Investitionen in die Schulen seien alle vollumfänglich richtig. Hier werde in die Zukunft investiert. Auch das Kreiskrankenhaus sei richtig bewertet und aufgestellt. Der geplante Neubau von OP-Sälen wird ausdrücklich begrüßt. Sein Dank gelte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die neuen DFI-Anzeiger stellen einen wichtigen ersten Schritt für die Digitalisierungsarbeit im ÖPNV dar. Damit die Attraktivität weiter gesteigert wird, sind weitere Maßnahmen erforderlich. Fahrgastzählsysteme, Anpassung der Fahrpläne, Taktverkehr, bis hin zum autonomen Fahren, alles ist klug zu organisieren. Digitalisierung, Effizienz, Umweltschutz und Akzeptanz seien entscheidend. Mittelständische Unternehmen und der lokale Einzelhandel stellen das Rückgrat der Wirtschaft dar und stehen vor großen Herausforderungen. Umweltschutz mit bis zu 280 m hohen Windkraftanlagen und eine Flächenversiegelung durch Freiflächenphotovoltaik werden abgelehnt. Tourismus könne eine Chance und Perspektive für weitere Wertschöpfung im Landkreis sein, auch für die Teich- und Landwirtschaft. Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Kreistagsfraktion, Kreisrat Beßler, erklärt für das Protokoll, dem Landkreishaushalt werde zugestimmt. Er möchte jedoch festgehalten haben, dass die freiwilligen Leistungen des Landkreises an die Verbände zur Integrationsberatung abgelehnt werden.

Kreisrat Manfred Bachmayer entgegnet, der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik werde in großer Übereinstimmung von allen demokratischen Parteien für notwendig erachtet und begrüßt. Die Kürzung von Standards müsse hinsichtlich aller Abläufe und Folgekosten beurteilt werden. Im Rahmen einer guten Zusammenarbeit sollte ermittelt werden, wo Standardabsenkungen Sinn machen. Kreisrätin Müller-Schimmel ergänzt, auch für politische Bildung, Erinnerungskultur und soziale Bildung müsse Verantwortung getragen werden. Politische Bildung sei kein Selbstzweck, sondern auf Menschen ausgerichtet. Sie dankt allen, die sich für Soziales und Jugend eingesetzt und engagiert haben. Anschließend erwidert Kreisrat Beßler auf den Redebeitrag in Bezug auf demokratische Parteien, wer Demokrat sei und wer nicht, könne nicht von der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen entschieden werden. Kreisrätin Häusler stellt danach einen Antrag nach § 17 Abs. 3 Nr. 1 b der Geschäftsordnung für den Kreistag auf Schluss der Beratung und sofortige Abstimmung. Landrat Tritthart lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Dieser wird mehrheitlich mit 39:7 Stimmen bei 46 Anwesenden angenommen.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

1. Die vorliegenden Entwürfe des Haushaltsplans des Landkreises Erlangen-Höchstadt für das Haushaltsjahr 2026 und des Wirtschaftsplans des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a. d. Aisch für das Wirtschaftsjahr 2026 werden angenommen. Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja. 46 nein: 0 Anwesend: 46

2. Der Kreistag beschließt gemäß Art. 64 i. V. m. Art. 30 Abs. 1 Nr. 18 Landkreisordnung den Finanzplan für die Jahre 2025 – 2029 des Landkreises Erlangen-Höchstadt und den Finanzplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a. d. Aisch für die Jahre 2026 – 2030.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja. 46 nein: 0 Anwesend: 46

5. Neubau des Emil-von-Behring-Gymnasiums in Spardorf; Auftragserweiterung für erweiterte Rohbauarbeiten

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Auftrag der Firma Anton Schick GmbH aus Bad Kissingen für das Gewerk erweiterte Rohbauarbeiten für den Neubau des Emil-von-Behring-Gymnasiums in Spardorf wird um 59.544,11 € brutto auf 7.265.414,25 € brutto, ohne Nachlass, erhöht.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 45 Nein: 0 Anwesend: 45

6. Erweiterung des Gymnasiums Höchstadt a. d. Aisch; Auftragserweiterung der Außenanlagen

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Auftrag für das Gewerk Außenanlagen für die Firma Regenfuß Garten- und Landschaftsbau GmbH & Co. KG aus Marloffstein wird um 130.024,27 € brutto auf 935.157,34 brutto erhöht.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 45 Nein: 0 Anwesend: 45

II. Nichtöffentliche Sitzung

.....

Erlangen, 10.02.2026

Alexander Tritthart
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsrätin



InfraGO

Qualitätsprogramm Gräfenbergbahn

Netz Nürnberg

09.02.2026 | Kreistagsitzung des Landkreises Erlangen-Höchstadt

DB InfraGO | Netz Nürnberg

Aktuelle betriebliche Situation

Streckenparameter

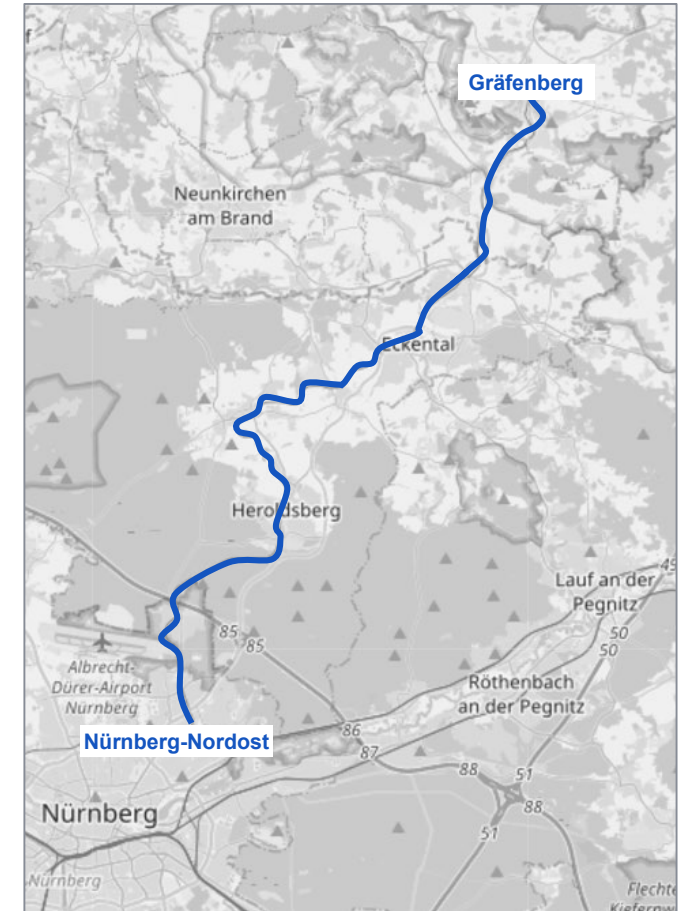
- eingleisige Regionalstrecke (28,1 km) in Insellage; nicht elektrifiziert; Vmax 80 km/h
- 31 Bahnübergänge / 27 Brücken / 131 Durchlässe / 45 Anzahl Dämme / 11 Stützmauern / 11 Weichen
- Elektronisches Stellwerk in Heroldsberg (SigL 90)
- EVU: DB Regio im Stundentakt mit VT648 (130 Sitzplätze) und VT622 (170 Sitzplätze)

Langsamfahrstellen

- in km 8,2 - 8,3 und km 15,0 - 15,6 mussten aufgrund von Damm- und Untergrundsetzungen La-Stellen mit Vmax 20 km/h eingerichtet werden
- geplante Beseitigung der La-Stellen im Jan/Feb war witterungsbedingt nicht möglich
- zur Beseitigung ist eine spezielle, begrenzt verfügbare Stopfmaschine erforderlich
- es wird mit Hochdruck die Zuführung der Stopfmaschine bis Ende März eingefordert

aktuelles Betriebsprogramm DB Regio

- stündliche Bedienung mit VT648 / VT622
- halbstündlichen HVZ-Taktverstärker werden durch Busse ersetzt (Mo-Fr)



Sanierungskonzept Gräfenbergbahn

Strecke 5920: Nürnberg Ost - Gräfenberg

Kurzfristig

- Geo-Monitoring
- Vegetationsarbeiten
- Profilierung Bahngräben
- **Beseitigung der aktuellen Langsamfahrstellen bis März**

**Juli
2026**

Mittelfristig

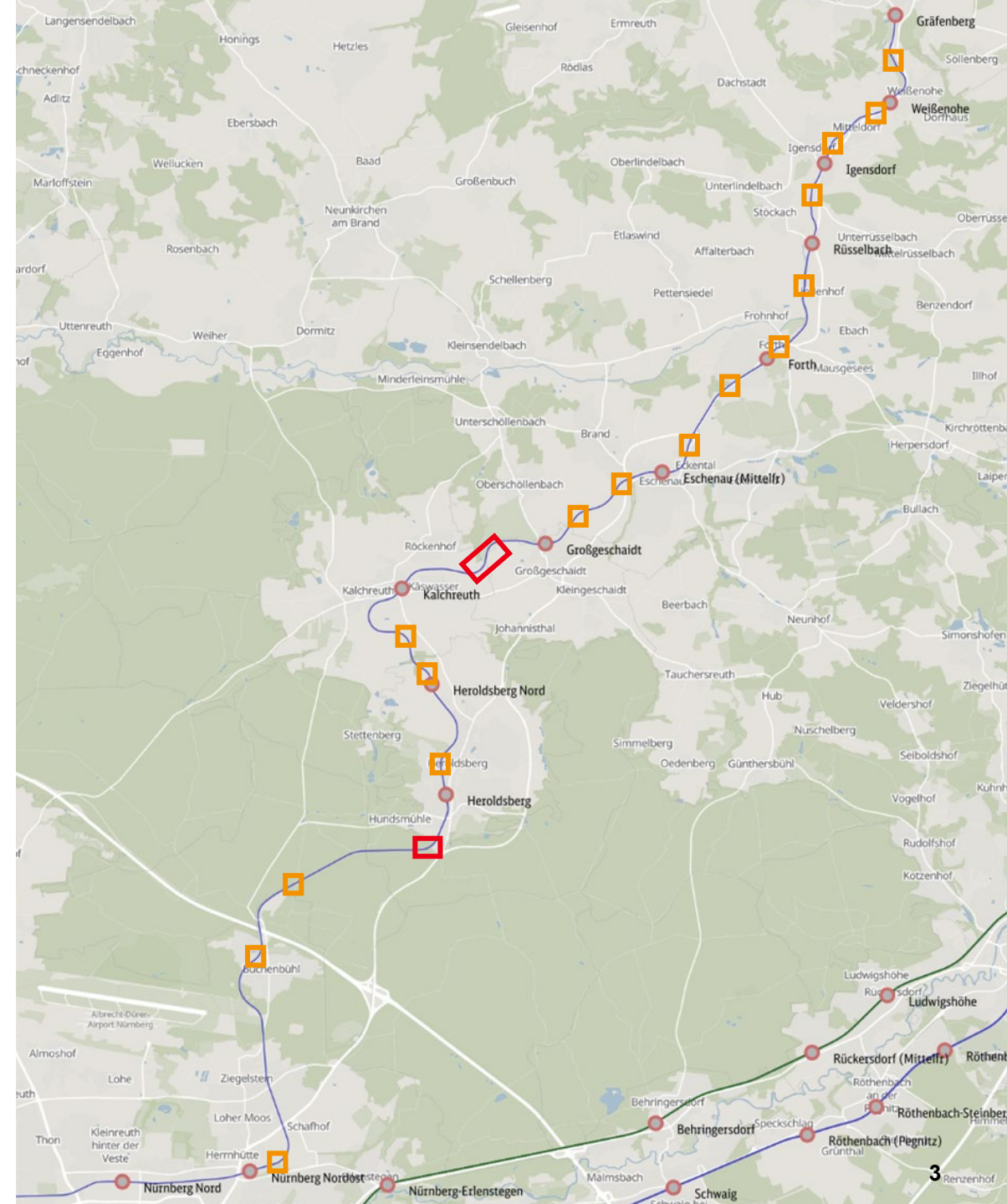
- Neuvermessung der kompletten Strecke
- Durcharbeitung Gleise
- Beseitigung von Schlammstellen und Schienenfehlern

**Dez
2026**

Langfristig

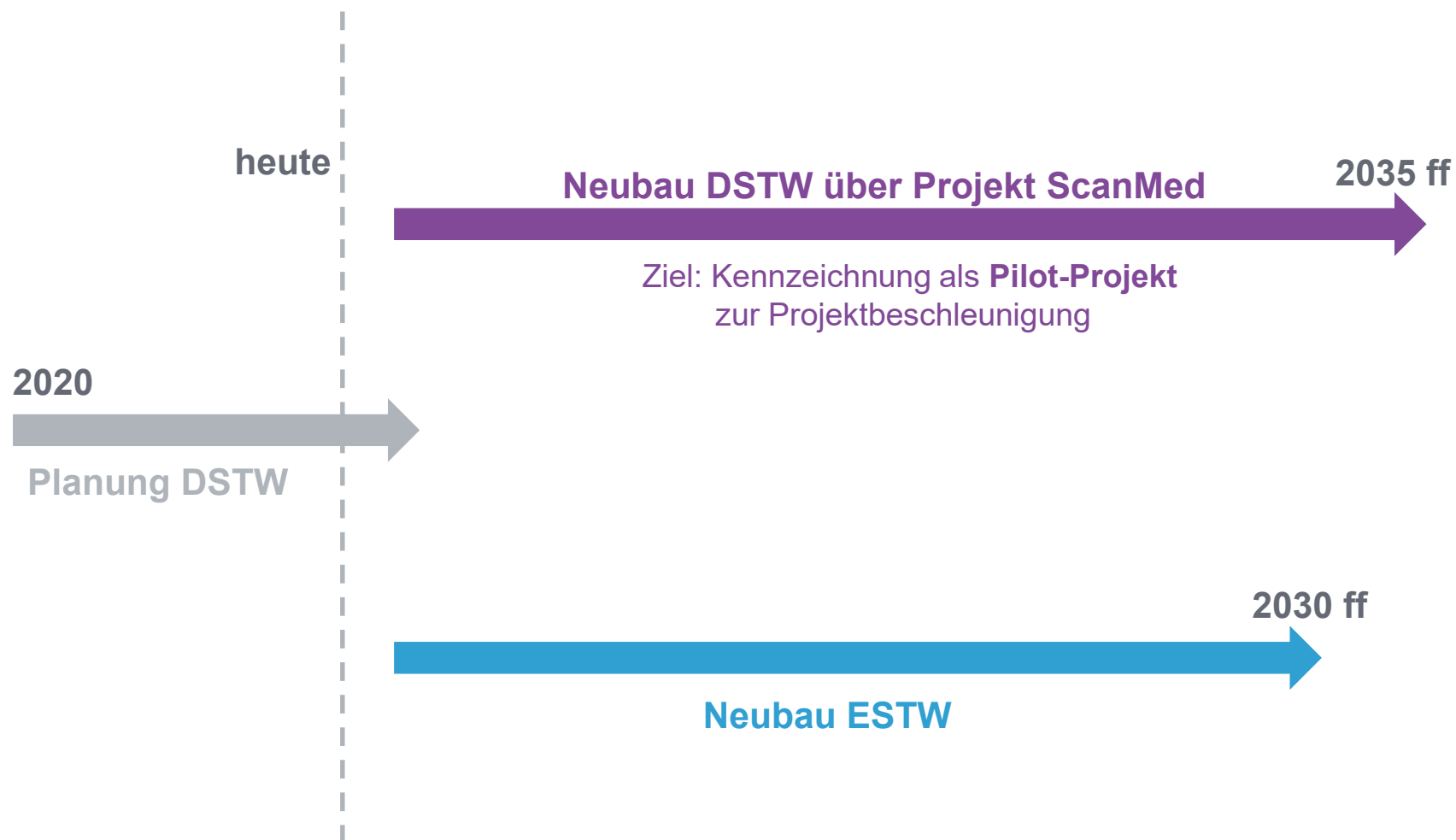
- Nachhaltige Dammsanierungen über LuFV

2032



Perspektive Stellwerksneubau

Variantenvergleich



Vorteile

- ETCS Standard
- Entfall Bedienplatz Heroldsberg
- Finanzierung über FinVe möglich

Nachteile

- kostenintensiv
- lange Projektlaufzeit

Vorteile

- schnellstmöglicher Stellwerksersatz

Nachteile

- Finanzierung offen
- Strecke nicht ETCS kompatibel



Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: SG12/248/2026/1

Sachgebiet: SG 12 - Finanzen und Schulen	Datum: 28.01.2026
Bearbeitung: Markus Vogel	AZ: 12

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreisausschuss	30.01.2026	öffentliche Sitzung
Kreistag	09.02.2026	öffentliche Sitzung

Abwicklung des Haushaltsjahres 2025

Anlagen:

Auflistung Bildung von Haushaltsausgaberesten
Auflistung über- und außerplanmäßige Ausgaben 2025

I. Sachverhalt:

Im Rahmen der Erstellung der Jahresrechnung 2025 sind aus formalen haushaltsrechtlichen Gründen Beschlussfassungen des Kreisausschusses und des Kreistags zur Festsetzung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten sowie zu den außer- und überplanmäßigen Ausgaben erforderlich. Die Entscheidungsgrundlagen sind dieser Sitzungsvorlage als Anlagen beigefügt.

II. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2025 werden Haushaltsreste entsprechend der beiliegenden Auflistung gebildet.

Im Haushaltsjahr 2025 entstehen bei verschiedenen Haushaltsstellen Mehrausgaben, die durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben gedeckt sind. Die Mehrausgaben und die entsprechende Deckung nach der beiliegenden Auflistung werden genehmigt.

12 9520

Abwicklung des Haushaltsjahres 2025;
Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß Art. 60 Abs. 1 Landkreisordnung

Im Rahmen der Jahresrechnung 2025 sind folgende ergänzenden Mittelbereitstellungen erforderlich:

1. Zuständigkeit des Kreisausschusses gemäß § 31 i.V.m. § 29 Abs. 2 Nr. 5 der Geschäftsordnung

Haushalts- stelle/-n	Bezeichnung	Haushalts- ansatz Euro	Soll- ausgaben Euro	Mehr- ausgaben Euro	Deckungs- vermerk	Erläuterungen
Entscheidung						
0.0601.6322 0.0601.5200 0.0601.5320	Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik (Deckungsring Nr. 3)	1.510.000,00	1.709.947,95	199.947,95	MA UA 4820 (DR 48)	Mehrausgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie im Bereich der Digitalisierung. Deckung über Minderausgaben im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (UA 4820).
1.2000.9356	Schulausstattungen	200.000,00	376.372,95	176.372,95	ME Investitions- zuweisungen (UA 2000)	Mehrausgaben aufgrund des Förderprogrammes "Beschaffung schulischer mobiler Endgeräte" (SchulMobE; vgl. hierzu auch Beschluss des Kreisausschusses über die Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben i. H. v. 151.000 Euro vom 08.12.2025). Deckung über entsprechende Fördermittel aus diesem Förderprogramm.
Vorberutung						
0.4565.7708 0.4561.7705 0.4565.7705 0.4557.7705	Ausgaben für unbegleitete (minderjährige) Ausländer (umA)	2.291.000,00	3.971.016,24	1.680.016,24	MA Jugendamt (ZBR 6) ME/MA ÖPNV (UA 7911)	Mehrausgaben im Bereich umA für die Betreuung und Unterbringung von umA. Erstattung der Ausgaben soll (zumindest teilweise) zeitversetzt im HJ 2026 erfolgen.
0.4560.7603 0.4560.7700 0.4554.7004 0.4565.7700 0.4541.7700 0.4560.7604 0.4561.7700 0.4650.7034 0.4557.7700	Jugendhilfeausgaben (Deckungsring Nr. 60)	13.586.000,00	15.969.306,88	2.383.306,88	MA Jugendamt (DR 60) MA Personal (HGr. 4)	Mehrausgaben im Bereich des Jugendamtes. Ursächlich hierfür sind unter anderem einige sehr kostenintensive Einzelfälle. Deckung teilweise über Minderausgaben in anderen Bereichen des Jugendamtes (DR 60) und über Minderausgaben bei den Personalausgaben.

2. Zuständigkeit des Kreistages gemäß § 29 Abs. 2 Nr. 5 der Geschäftsordnung

Haushalts- stelle/-n	Bezeichnung	Haushalts- ansatz Euro	Soll- ausgaben Euro	Mehr- ausgaben Euro	Deckungs- vermerk	Erläuterungen
Entscheidung						
0.4565.7708 0.4561.7705 0.4565.7705 0.4557.7705	Ausgaben für unbegleitete (minderjährige) Ausländer (umA)	2.291.000,00	3.971.016,24	1.680.016,24	MA Jugendamt (ZBR 6) ME/MA ÖPNV (UA 7911)	Mehrausgaben im Bereich umA für die Betreuung und Unterbringung von umA. Erstattung der Ausgaben soll (zumindest teilweise) zeitversetzt im HJ 2026 erfolgen.
0.4560.7603 0.4560.7700 0.4554.7004 0.4565.7700 0.4541.7700 0.4560.7604 0.4561.7700 0.4650.7034 0.4557.7700	Jugendhilfeausgaben (Deckungsring Nr. 60)	13.586.000,00	15.969.306,88	2.383.306,88	MA Jugendamt (DR 60) MA Personal (HGr. 4)	Mehrausgaben im Bereich des Jugendamtes. Ursächlich hierfür sind unter anderem einige sehr kostenintensive Einzelfälle. Deckung teilweise über Minderausgaben in anderen Bereichen des Jugendamtes (DR 60) und über Minderausgaben bei den Personalausgaben.

UA = Unterabschnitt DR = Deckungsring ZBR = Zweckbindungsring ME = Mehreinnahmen MA = Minderausgaben

Landratsamt Erlangen-Höchststadt
- Finanzen und Schulen -

20.01.2026

12 - 9520

Abwicklung des Haushaltsjahres 2025;
 Bildung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten
 gemäß § 79 Abs. 2 KommHV - Kameralistik

Im Haushaltsjahr 2025 werden folgende Haushaltsreste gebildet:

a) Haushaltsausgabereste

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Erläuterung
1. Verwaltungshaushalt			
Gr. 5010/5040 Gr. 5165	Bauunterhalt / Unterhalt Außenanlagen	465.392,96	Verwendung v. Restmittel für den Bauunterhalt und den Unterhalt der Außenanlagen in 2026
EPL 2	Landkreisschulen - Lehr-/ Unterrichtsmaterial	131.289,15	Übertragung im Rahmen der Schulbudget-Regelungen
0.2202.5740	Realschule Höchststadt - Besondere Lehrveranstaltungen	257.422,70	Fehlende Abrechnungen der Stadt Höchststadt a. d. Aisch für die Nutzung von Sportanlagen der Stadt durch die RS Höchststadt
0.2352.5740	Gymnasium Höchststadt - Besondere Lehrveranstaltungen	558.830,87	Fehlende Abrechnungen der Stadt Höchststadt a. d. Aisch für die Nutzung von Sportanlagen der Stadt durch das Gym. Höchststadt
0.2722.5740	Don-Bosco-Schule Höchststadt - Besondere Lehrveranstaltungen	20.111,89	Fehlende Abrechnungen der Stadt Höchststadt a. d. Aisch für die Nutzung von Sportanlagen der Stadt durch die DBS Höchststadt
0.4071.6329	Jugendamt - Sonstiger Betriebsaufwand	3.302,25	Restzahlungen für das Jugendhilfeplanungstool
0.6001.6780	Hochbauverwaltung - Erstattung an übrige Bereiche	21.810,66	Nicht abgerufene Zuschüsse an Landkreisschulen für regenerative Energie- und Umweltprojekte (Einnahmen stammen aus der Verpachtung von Dachflächen für PV-Anlagen)
0.6501.5131	Unterhalt Kreisstaßen - Unterhalt Straßen, Wege u. ä.	500.000,00	Verwendung v. Restmittel für den Kreisstraßenunterhalt in 2026
Summe Verwaltungshaushalt		1.958.160,48	
2. Vermögenshaushalt - Allgemeiner Bereich			
1.0200.9359	Hauptverwaltung; bewegl. Anlagevermögen	25.000,00	Laufende Beschaffungsvorgänge v. Büro- und technischen Ausstattungen für das Landratsamt
1.1301.9352	Feuerlöschwesen - Arbeitsgeräte	20.166,81	Laufende Beschaffungsvorgänge v. Arbeitsgeräten und Maschinen
1.1301.9357	Feuerlöschwesen - Fahrzeuge	652.814,92	Weitere Komponenten Wechselladerfahrzeugsystem bzw. Fahrzeugen für das überörtl. Feuerlöschwesen
1.1301.9359	Feuerlöschwesen - bewegl. Anlagevermögen	10.000,00	Anschaffungen für Atemschutzwerkstatt
1.1301.9820	Feuerlöschwesen - Investitionszuweisungen	82.400,00	Invest.-Zuweisungen für Einsatzleitwägen, Wechselladerfahrzeugen und Drehleitern
1.1401.9357	Katastrophenschutz - Fahrzeuge	235.774,19	Mittel für Fahrzeuge für den Katastrophenschutz
1.1401.9359	Katastrophenschutz - bewegl. Anlagevermögen	18.666,23	Mittel für diverse Beschaffungen im Bereich Katastrophenschutz
EPL 2	Landkreisschulen - Beschaffungen	275.532,62	Übertragung im Rahmen der Schulbudget-Regelungen
EPL 2 (UA 2000)	Landkreisschulen - Beschaffungen	218.362,97	Mittel für Beschaffungen im Bereich Digitalisierung der Landkreisschulen
UA 5010	Gesundheitsamt - Digitalisierung	345.909,86	Nicht ausgeschöpfte Mittel für die Digitalisierung des Gesundheitsamtes
Summe VmH - Allgemeiner Bereich		1.884.627,60	

3. Vermögenshaushalt - Bereich Hochbau			
1.0681.9401	Neubau LRA; Dienststelle Höchststadt	1.057.945,13	Neubau der Dienststelle in Höchststadt a. d. Aisch
1.1301.9420	Feuerlöschwesen - Gebäudeneubau	34.813,65	Kosten für die Konzeption eines Landkreisfeuerwehrzentrums
1.2201.9880	RS Herzogenaurach - Außensportanlagen	482.000,00	Investitionskostenzuschuss für die Sanierung der von der RS Herzogenaurach genutzten Außensportanlagen
1.2351.9402	Emil-von-Behring- Gymnasium Spardorf - Neubau	13.279.856,72	Neubau des Emil-von-Behring-Gymnasium Spardorf
1.2352.9400	Gymnasium Höchststadt - Erweiterung	3.707.511,28	Bauliche Erweiterung im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des G9; finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
1.2353.9400	Gymnasium Herzogenaurach - Teilsanierung/Umbau Gebäudeteil B	100.000,00	Teilsanierung des Gebäudeteils B mit Umbau des naturwissenschaftlichen Bereichs
1.2354.9400	Gymnasium Eckental - Fassadensanierung	210.856,92	Sanierung der Fassade; finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
1.2354.9402	Gymnasium Eckental - Erweiterung	100.000,00	Erweiterung des Gymnasiums Eckental
1.2411.9401	Berufsschule Herzogenaurach	1.337.086,53	Schaffung eines zukunftsweisenden Lernumfeldes am Berufsschulstandort in Herzogenaurach
1.2751.9400	WPS Herzogenaurach - Turnhalle	144.558,82	Sanierung und energetische Ertüchtigung der Turnhalle; finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
1.5100.9400	Kreisrankenhaus St. Anna	707.093,71	Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
1.6599.9400	Kreisbauhof	393.749,69	Ersatzneubau einer Unterstellhalle u. Anbau Reifenlager
Summe VmH - Bereich Hochbau		21.555.472,45	
4. Vermögenshaushalt - Bereich Tiefbau			
UA 6512	ERH 12	30.000,00	Geh- und Radweg Bullach-Herpersdorf Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6513	ERH 13	50.000,00	Geh- und Radweg Höfen - Tuchenbach Planungskosten
UA 6515	ERH 15	24.007,08	OD Oberreichenbach Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6517	ERH 7	21.065,88	Geh- und Radweg Uttenreuth-Marloffstein Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6525	ERH 25	150.000,00	Geh- und Radweg Hammerbach-Beutelsdorf (BA I) Planungskosten
UA 6526	ERH 26	132.529,62	Neubau einer Brücke im Zuge des Ausbaus der BAB 3 bei Hannberg mit Geh- und Radweg
UA 6527	ERH 16	33.509,06	Neubau einer Brücke im Zuge des Ausbaus der BAB 3 bei Neuhaus mit Geh- und Radweg
UA 6528	ERH 16	40.000,00	Neubau einer Unterführung im Zuge des Ausbaus der BAB 3 bei Medbach mit Geh- und Radweg
UA 6531	ERH 16	200.000,00	Anschlussstelle BAB 73 an Kreisstraße ERH31 bei Möhrendorf mit 2 Kreisverkehrsanlagen Planungskosten
UA 6533	ERH 33	40.000,00	GuR-Weg Unterschöllnb. - Minderleinsmühle-St 2243 Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6536	ERH 36	56.553,00	Geh- und Radweg Medbach - Aisch Planungskosten
UA 6538	ERH 8	40.000,00	Geh- und Radweg Unterschöllnbach-Oberschöllnbach Planungskosten
UA 6556	ERH 6	49.459,50	Geh- und Radweg Röckenhof-Unterschöllnbach Planungskosten
UA 6566	ERH 36	47.521,03	OD Medbach-Ausbau der Ortsdurchfahrt Planungskosten
UA 6571	ERH 31	42.528,40	Geh- und Radweg Möhrendorf-Dechsendorf Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme

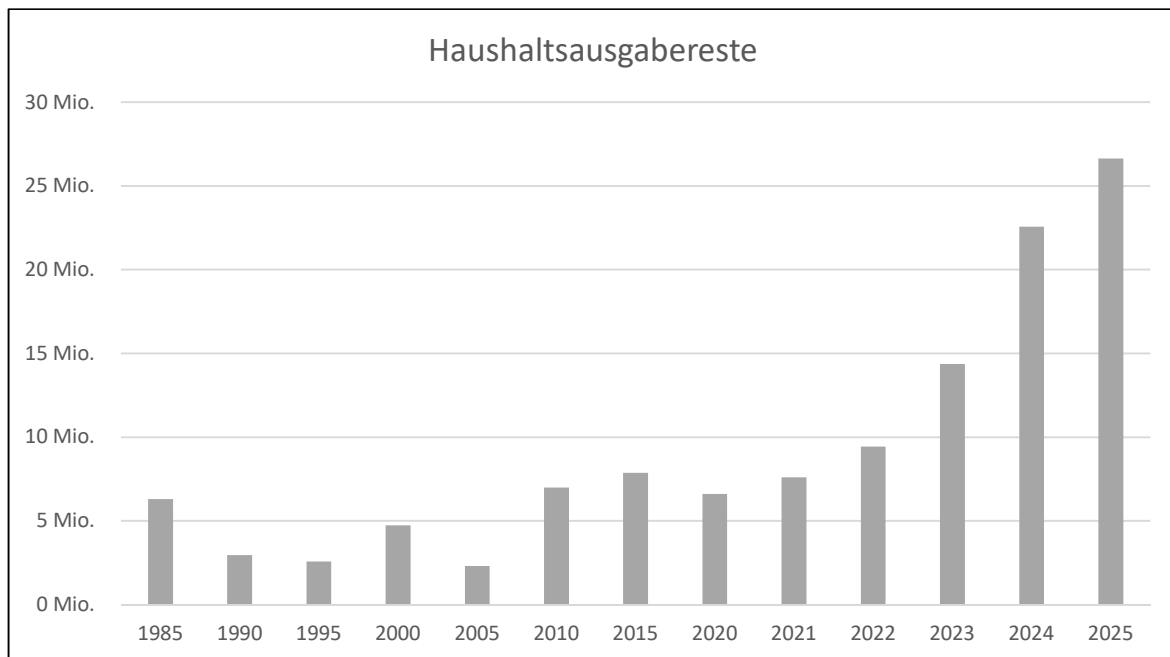
UA 6595	ERH 5	286.200,00	Bahnbrücke Baiersdorf Finanzielle Abwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
Summe Bereich Tiefbau		1.243.373,57	
Summe Vermögenshaushalt		24.683.473,62	
Gesamtsumme Haushaltsausgabereste		26.641.634,10	

b) Haushaltseinnahmereste

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Betrag (Euro)	Erläuterung
-			
Gesamtsumme Haushaltseinnahmereste		0,00	

Haushaltsausgabereste 1985 - 2025

Jahr	Summe
- in 1.000 Euro -	
1985	6.306
1990	2.965
1995	2.574
2000	4.743
2005	2.318
2010	6.987
2015	7.879
2020	6.613
2021	7.610
2022	9.436
2023	14.379
2024	22.573
2025	26.642



Landratsamt Erlangen-Höchstadt
- Finanzen und Schulen -

20.01.2026



Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: SG12/251/2026

Sachgebiet: SG 12 - Finanzen und Schulen	Datum: 28.01.2026
Bearbeitung: Markus Vogel	AZ: 12

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreisausschuss	30.01.2026	öffentliche Sitzung
Kreistag	09.02.2026	öffentliche Sitzung

Landkreishaushalt 2026

Anlagen:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

I. Sachverhalt:

Der Entwurf des Landkreishaushalts 2026 wurde an die Damen und Herren des Kreistags am 18.12.2025 in digitaler bzw. schriftlicher Form übersandt.

Der Kreisausschuss wird in seiner Sitzung am 30.01.2026 den Entwurf des Kreishaushalts 2026 vorberaten.

Der Haushaltsentwurf schließt im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 245.768.000 Euro und im Vermögenshaushalt mit 37.916.000 Euro ab. Der Gesamthaushalt beläuft sich voraussichtlich auf 283.684.000 Euro.

Wie in den zurückliegenden Kreisausschusssitzungen berichtet, gestaltete sich das Aufstellungsverfahren für den Haushaltsentwurf 2026 erneut sehr anspruchsvoll. Im Herbst 2025 war aufgrund eigener Ausgabensteigerungen (insb. im Bereich der Jugendhilfe) und der zu diesem Zeitpunkt angekündigten Erhöhung des Bezirksumlagenhebesatzes noch mit einer erheblichen Deckungslücke von ca. 12,5 Mio. Euro zu rechnen. Auf dieser Ausgangslage wurden die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich geführt. Die Ergebnisse, welche im Spitzengespräch am 30.10.2025 zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Vertretern der bayerischen Staatsregierung vereinbart wurden, führen zwar nicht zu einer Beseitigung der Schieflage in den kommunalen Haushalten, tragen aber doch zu einer nennenswerten Entlastung der Kommunen im Jahr 2026 bei. Die Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs führten dazu, dass sich die o. g. Deckungslücke auf ca. 1,4 Mio. Euro reduziert. Zur Deckung dieser Finanzierungslücke ist es daher erforderlich, den Hebesatz der Kreisumlage um insgesamt 0,40 Hebesatzpunkte von 50,75 v. H. auf 51,15 v. H. anzuheben.

Der Ausgabenschwerpunkt des Vermögenshaushaltes im Haushaltsjahr 2026 liegt im Einzelplan 2 (ca. 24,2 Mio. Euro; insbesondere Schulbaumaßnahmen). Weiterhin sind Ausgaben im Einzelplan 0 in Höhe von 5,5 Mio. Euro (insbesondere Neubau Dienststelle Höchststadt a. d. Aisch), im Einzelplan 6 in Höhe von 3,3 Mio. Euro (insbesondere Maßnahmen im Bereich des Kreisstraßen-, Brücken- und Radwegeausbaus) und im Einzelplan 5 in Höhe von 1,0 Mio. Euro (insbesondere Investitionszuschuss an das Kreis-krankenhaus St. Anna in Höchststadt a. d. Aisch) vorgesehen. Im Haushaltsplan sind zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen Kreditaufnahmen in Höhe von 10,5 Mio. Euro vorgesehen, wovon ein Betrag in Höhe von 6,5 Mio. Euro von der Regierung von Mittelfranken zu genehmigen ist.

Detaillierte Informationen über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft können dem Vorbericht entnommen werden.

Zum vorliegenden Haushaltsentwurf ergaben sich bis zur Erstellung dieser Beschlussvorlage keine neuen Erkenntnisse, die einer Änderung des vorliegenden Haushaltsentwurfs bedurften. Soweit sich aufgrund der Vorberatung des Kreisausschusses in der Sitzung vom 30.01.2026 noch Änderungen am vorliegenden Haushaltsentwurf 2026 ergeben sollten, werden diese zeitnah nachgereicht. Soweit sich überdies bis zur Sitzung des Kreistags am 09.02.2026 noch Änderungen bzw. Ergänzungen ergeben sollten, wird in der Sitzung des Kreistags aktuell berichtet werden.

II. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Die vorliegenden Entwürfe des Haushaltsplans des Landkreises Erlangen-Höchststadt für das Haushaltsjahr 2026 und des Wirtschaftsplans des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch für das Wirtschaftsjahr 2026 werden unter Berücksichtigung des Empfehlungsbeschlusses des Kreisausschusses vom 30.01.2026 (ggf.: und der vorweg beschlossenen Änderungen) angenommen. Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung.
2. Der Kreistag beschließt gemäß Art. 64 i. V. m. Art. 30 Abs. 1 Nr. 18 Landkreisordnung den Finanzplan für die Jahre 2025 – 2029 des Landkreises Erlangen-Höchststadt und den Finanzplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch für die Jahre 2026 – 2030.

HAUSHALTSSATZUNG

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund der Art. 57 ff. Landkreisordnung erlässt der Landkreis Erlangen-Höchstadt folgende

Haushaltssatzung

§ 1

- (1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit festgesetzt; er schließt
- | | | |
|------------------------|-----------------------------------|---------------------|
| im Verwaltungshaushalt | in den Einnahmen und Ausgaben mit | 245.768.000,00 Euro |
| und | | |
| im Vermögenshaushalt | in den Einnahmen und Ausgaben mit | 37.916.000,00 Euro |
- ab.
- (2) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a. d. Aisch für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit festgesetzt; er schließt
- | | | |
|----------------|--------------------------------------|--------------------|
| im Erfolgsplan | in den Erträgen mit | 21.528.000,00 Euro |
| | und in den Aufwendungen mit | 24.278.000,00 Euro |
| | (Jahresfehlbetrag 2.750.000,00 Euro) | |
- und
- | | | |
|------------------|--|-------------------|
| im Vermögensplan | in den Einnahmen und Ausgaben | |
| | (einschließlich Verlustausgleich in Höhe | |
| | von 2.750.000,00 Euro) mit jeweils | 3.530.000,00 Euro |
- ab.

§ 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 6.532.000,00 Euro festgesetzt.
- (2) Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögensplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a.d. Aisch sind nicht vorgesehen.

§ 3

- (1) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 32.985.000,00 Euro festgesetzt.
- (2) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a.d. Aisch werden nicht festgesetzt.

§ 4

- (1) Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfes, der nach Art. 18 ff. Finanz- ausgleichsgesetz umzulegen ist, wird für das Haushaltsjahr 2026 auf 177.423.788,63 Euro festgesetzt.

- (2) Die Kreisumlage wird in Vomhundertsätzen aus nachstehenden Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen bemessen:

1. Vom Bayerischen Landesamt für Statistik festgestellte Steuerkraftzahlen 2026	
der Grundsteuer A	559.841,00 Euro
der Grundsteuer B	14.310.209,00 Euro
der Gewerbesteuer	187.797.098,00 Euro
der Einkommensteuerbeteiligung	111.088.491,00 Euro
der Umsatzsteuerbeteiligung	12.216.490,00 Euro
2. 80 v.H. der Gemeindeschlüsselzuweisungen 2025	20.897.448,00 Euro
Summe der Bemessungsgrundlagen	346.869.577,00 Euro

- (3) Nach Art. 18 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz werden die Hebesätze für die Kreisumlage wie folgt festgesetzt:

1. Aus der Steuerkraftzahl der Grundsteuer A	51,15 v.H.
2. Aus der Steuerkraftzahl der Grundsteuer B	51,15 v.H.
3. Aus der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer	51,15 v.H.
4. Aus der Steuerkraftzahl der Einkommensteuer	51,15 v.H.
5. Aus der Steuerkraftzahl der Umsatzsteuer	51,15 v.H.
6. Aus 80 v.H. der Schlüsselzuweisungen	51,15 v.H.

- (4) Die Steuersätze für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A)	450 v.H.
b) für die Grundstücke (B)	450 v.H.
2. Gewerbesteuer	360 v.H.

§ 5

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 20.000.000,00 Euro festgesetzt.
- (2) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a.d. Aisch wird auf 750.000,00 Euro festgesetzt.

§ 6

- (1) Die Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2026 in Kraft.
- (2) Die Grundsteuer-Hebesatzsatzung vom 23. Mai 2025 tritt gleichzeitig außer Kraft.

Erlangen,
Landkreis Erlangen-Höchststadt

Alexander Tritthart
Landrat